

**HESSISCHER LANDTAG**

03. 12. 2015

HHA

**Änderungsantrag
der Fraktionen der CDU und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die
Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das
Haushaltsjahr 2016 (Haushaltsgesetz 2016) in der Fassung der
Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses
Drucksache 19/2662 zu Drucksache 19/2307**

Inhalt des Antrags: **Verstärkung des Verfassungsschutzes um 10
Planstellen**

Einzelplan **03 Hessisches Ministerium des Innern und für Sport**

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 03 03 Landesamt für Verfassungsschutz Hessen
Buchungskreis: 2210

Produktnummer lt. Leistungsplan 1

Bezeichnung lt. Leistungsplan Verfassungsschutz

<u>Leistungsplan:</u>	Veränderung		
	von	um	auf
	Beträge in 1.000 EUR		
Gesamtkosten	24.017,1	+500,0	24.517,1
Produktabgeltung	21.406,5	+500,0	21.906,5

Weitere Änderungen im Wirtschafts-/ Stellenplan:

Wirtschaftsplan

Die Veränderung im o.g. Produkt bzw. dem Leistungsplan bedingt auch entsprechende Anpassungen am Produktblatt, dem Erfolgsplan (Pos. 4 und 9) und der Überleitungsrechnung.

Stellenplan

Für den bestehenden Personalbedarf sollen 10 neue Planstellen mit kw-Vermerk zum 31.12.2019 ausgebracht werden:

2x A13 hD – Regierungsrat/rätin

2x A12 – Amtsrat/rätin

3x A11 – Amtmann/Amtfrau

2x A10 – Oberinspektor/in

1x A9 gD – Inspektor/in

Kameraler Haushaltsabschluss:

Beträge in EUR

Hauptgruppe	von	um	auf
HG 4	12.652.100	+ 500.000	13.152.100
Kameraler Zuschuss/Überschuss	-22.595.700	-500.000	-23.095.700

Der Wirtschaftsplan und der kameraler Haushalt sind entsprechend anzupassen.

Begründung des Änderungsantrags:

Für die Umsetzung des Aktionsplans zur Integration von Flüchtlingen und Bewahrung des gesellschaftlichen Zusammenhalts werden die erforderlichen Mittel bereitgestellt.

Im Rahmen des „Aktionsplans zur Integration von Flüchtlingen und Bewahrung des gesellschaftlichen Zusammenhalts“ ist die Sicherheit und der Schutz für alle Bürger und Flüchtlinge ein zentraler Kernpunkt. Es gibt keine Toleranz für fremdenfeindliche Übergriffe oder andere Formen von politischem oder religiösem Extremismus. Kriminalität und Fremdenfeindlichkeit sollen verhindert bzw. bekämpft werden.

Hierfür sollen zehn neue Stellen beim Verfassungsschutz ausgebracht werden, um die Zunahme der Aufgaben in den unterschiedlichsten Bereichen, wie z.B. Aufenthalts- und Einbürgerungsverfahren, Sicherheitsüberprüfungen, Prävention und Auswertung sowie Ermittlung und Beschaffung im Bereich Rechtsextremismus, wissenschaftliche Auswertungen oder Datenschutz zu bewältigen.

Zur Deckung der Personalausgaben sollen finanzielle Mittel in Höhe von 0,5 Mio. Euro bereitgestellt werden.

Wiesbaden, 03.12.2015

Für die Fraktion der CDU
Der Fraktionsvorsitzende

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Der Fraktionsvorsitzende

Michael Boddenberg

Mathias Wagner (Taunus)